

L20-GEWERKSCHAFTS- ERKLÄRUNG ANLASSLICH DES G20-GIPFELS

LOS CABOS, MEXIKO, 18. UND 19. JUNI 2012

- 1 Einführung und Zusammenfassung
- 3 Wachstum und Beschäftigung
- 4 Stärkung des Finanzsystems und Förderung finanzieller Inklusion
- 5 Finanzarchitektur
- 5 Unterstützung in der Krise
- 6 Rechenschaftspflicht und Transparenz
- 6 Ressourcen für die Entwicklungshilfe
- 6 Sozialschutz
- 7 Entwicklungshilfe, menschenwürdige Arbeit und ADI
- 8 Ernährungssicherheit und Rohstoffpreisschwankungen
- 9 Nachhaltige Entwicklung, grünes Wachstum und Klimawandel
- 10 Governance und die G20

„Wir sind der festen Überzeugung, dass Beschäftigung und soziale Inklusion im Mittelpunkt unserer Maßnahmen und Strategien zur Wiederherstellung des Wachstums und des Vertrauens stehen müssen.“¹

Einführung und Zusammenfassung

1 Die G20-Staaten sind mit einem Beschäftigungsnotstand konfrontiert. Die Zahl der Arbeitslosen ist weltweit auf etwa 200 Millionen gestiegen. Die OECD und die IAO schätzen, dass jährlich 21 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um bis zum Jahr 2015 wieder den Stand der Arbeitslosigkeit von vor der Krise zu erreichen.² Aber da sich inzwischen mehrere Länder in einer Rezession befinden, weitere OECD-Länder niedrige Wachstumsraten aufweisen und das Wachstum in Schwellenländern abgeschwächt ist, wird die Arbeitslosigkeit voraussichtlich eher weiter steigen. Das bereits jetzt inakzeptable Ausmaß prekärer und informeller Beschäftigungsverhältnisse wird noch größer werden. Die Finanzmärkte fügen unseren Demokratien, Volkswirtschaften und Gesellschaften nach wie vor verheerenden Schaden zu. Die Menschen sind erbost, und es herrschen erhebliche soziale Spannungen.

2 Die Regierungen haben ihre Verpflichtung zur Priorisierung der Beschäftigung und zur Beschneidung der Macht der Finanzmärkte nicht eingehalten. Zu Beginn der Krise hat die G20 ihre Effizienz bewiesen, indem sie koordinierte Maßnahmen zur Stabilisierung der weltweiten Nachfrage ergriffen und sich auf Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte verständigt hat. Aber dieser Elan verpuffte, als die Regierungen zu einer Sparpolitik übergingen, anstatt die Rezession zu bekämpfen und ein nachhaltiges und inklusives Wachstum herbeizuführen. Diese Strategien sind gescheitert; Sparmaßnahmen und Wachstum sind nicht miteinander vereinbar. In Cannes haben die Staats- und Regierungschefs der G20 den Aktionsplan von Cannes für Wachstum und Arbeitsplätze verabschiedet. In Los Cabos müssen sie ihre Relevanz behaupten, indem sie beschäftigungsorientierte, inklusive Wachstumsprogramme zur Ankurbelung der Nachfrage sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen beschließen und somit zur mittelfristigen Schuldenreduzierung beitragen. Sie müssen zudem weitere Maßnahmen ergreifen, um die Größe und Komplexität globaler Banken, die „zu groß zum Scheitern“ sind, zu begrenzen und die Finanzspekulationen einzudämmen, damit die staatlichen

1 Schlussklärung des G20-Gipfels in Cannes, November 2011

2 Aktuelle Statistiken der IAO und der OECD für die G20-Arbeitsministerkonferenz, 26. und 27. September 2011

Wachstumspläne Erfolg haben können. Es sollten die demokratischen Regierungen und nicht die Finanzmärkte sein, die die politische Agenda festlegen.

3 In ihren politischen Erklärungen und Botschaften haben es die Regierungen der G20 und die zwischenstaatlichen Organisationen für notwendig erachtet, die Beschäftigungskrise in einer Weise anzugehen, bei der sowohl auf die *Qualität* als auch auf die *Quantität* der Arbeitsplätze geachtet wird. Die Realität sieht allerdings so aus, dass die Arbeitnehmerrechte auf einzelstaatlicher, regionaler und internationaler Ebene durch Bestrebungen zum Aufbruch der Tarifverhandlungsstrukturen, zur Senkung der Mindestlöhne und zur Aufhebung des Kündigungsschutzes unter Beschuss stehen. Zudem kommt es zu einem drastischen Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Dies sind fehlgeleitete politische Strategien. Sie werden das Wachstum nicht wiederherstellen, sondern lediglich dazu dienen, das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunichtezumachen, die Unterstützung der Öffentlichkeit zu verlieren und die Einkommensungleichheit, die jetzt als einer der Krisenfaktoren erkannt wurde, zu vergrößern.³

4 Junge Frauen und Männer sind von der eskalierenden Beschäftigungskrise besonders stark betroffen. Laut Schätzungen sind weltweit 75 Millionen junge Menschen arbeitslos. In Verbindung mit steigender Langzeitarbeitslosigkeit droht die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, das langfristige Wachstumspotenzial zu schwächen und die Gefahr eines sozialen Zusammenbruchs und politischer Instabilität zu erhöhen.

5 Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen die Einhaltung ihrer früheren Verpflichtungen zu einem übergreifenden Ziel machen. Sie müssen der Sparpolitik den Rücken kehren und sich auf eine beschäftigungsorientierte, inklusive Wachstumspolitik konzentrieren. Sie müssen Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuweiten und die Nachfrage sowie die Beschäftigung anzukurbeln, vor allem um gute Arbeitsplätze zu schaffen. Sie müssen die Finanzmärkte stärker regulieren und eine Finanztransaktionssteuer einführen, für sozialen Basisschutz sorgen und die Entwicklung fördern, den Klimawandel in den Griff bekommen und nachhaltiges Wachstum begünstigen, und sie müssen für ein demokratischeres und gerechteres globales Ordnungssystem sorgen.

6 Die Gewerkschaften in der L20 fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 auf:

- die globale Konjunkturerholung mit einem „Plan von Los Cabos für Wachstum und Arbeitsplätze“ in Gang zu bringen, einschließlich Verpflichtungen zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Ausbildung, die Infrastruktur, eine grünere Wirtschaft und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen. Ein G20-Jugendbeschäftigungspakt muss ein zentraler Bestandteil des Wachstums- und Beschäftigungsplans sein (§7-8);
- ein frühzeitiges Treffen der G20-Finanzminister mit den Arbeits- und Beschäftigungsministern anzuberaumen, um die Umsetzung der Schlussfolgerungen der Arbeits- und Beschäftigungsministerkonferenz von Guadalajara (engl. Abk. LEMC) voranzubringen und eine 4. LEMC vor dem G20-Gipfel 2013 in Russland abzuhalten (§9);
- wirksame, einschließlich verbindlicher, Maßnahmen zu ergreifen, um das Finanzsystem wieder zu regulieren, sich mit den für „zu groß zum Scheitern“ erachteten globalen Banken auseinanderzusetzen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und Steueroasen trocken-zulegen (§10-12);
- die Krisenhilfen der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) auszuweiten, um soziale Inklusion und menschenwürdige Arbeitsplätze zu fördern, sowie die Lenkungssysteme der IFIs zu reformieren, um sie demokratischer und rechen-schaftspflichtiger zu machen und ihrem globalen Mitgliederstand Rechnung zu tragen (§13-16);

3 “Inequality, Leverage and Crises”, Michael Kumhof und Romain Rancière, IWF, November 2010

- einen G20-Aktionsplan und einen Fonds unter Beteiligung sowohl der Arbeitsminister als auch der Arbeitsgruppe Entwicklung zu konzipieren, um die Einführung eines sozialen Basisschutzes zu unterstützen, einschließlich der Ratifizierung des IAO-Übereinkommens 102 über soziale Sicherheit, und die G20-Erklärung von Cannes umzusetzen, der zufolge „die von Industrieländern gemachten Hilfszusagen eingehalten werden sollten“ (§17-21);
- die Unterstützung auszuweiten, Subventionen neu auszurichten und die Handels- und Investitionspolitik zu überprüfen, um für Ernährungssicherheit zu sorgen, menschenwürdige Arbeit für Landarbeiter/innen in der gesamten landwirtschaftlichen Produktionskette zu fördern und die Schwankungen der Rohstoffpreise zu verringern (§22-23);
- die Ambitionen der Rio+20-Konferenz auszuweiten, damit globale Ziele für menschenwürdige Arbeit, grüne Arbeitsplätze und Sozialschutz vereinbart werden, und innerstaatliche Pläne mit Zielgrößen für die Erreichung dieser Ziele zu beschließen (§24-27);
- die Interaktion der G20 mit den Sozialpartnern über die L20 und die B20 zu formalisieren (§28-29).

Wachstum und Beschäftigung

7 Zwischen den Erklärungen der Staats- und Regierungschefs der G20 bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Versagen der G20-Regierungen, die Beschäftigung in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns zu rücken, entsteht eine gefährliche und immer größer werdende Glaubwürdigkeitskluft. Die Sparmaßnahmen und die kurzfristige Defizitverringerung seitens der Regierungen haben die Eurozone erneut in die Rezession getrieben. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine soziale und politische Zeitbombe, sondern stellt derzeit das größte Hindernis für den Abbau des Defizits dar. Arbeitnehmer und Verbraucher müssen Vertrauen in ihre Zukunft haben können, so wie Unternehmen Vertrauen haben müssen, wenn es um die Investition ihrer Rekordgewinne geht. Zur Vermeidung einer kollektiven selbstzerstörerischen Deflation ist ein grundlegender politischer Wandel erforderlich. Öffentliche Dienst- und Transferleistungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Stabilisierung der Nachfrage in der Krise und werden jetzt dennoch angegriffen. Der öffentliche Dienst muss gestärkt und darf nicht zerstört werden.

8 Die L20 fordert die Staats- und Regierungschefs der G20 auf, sich von der Sparpolitik ab- und inklusiven Wachstums- und Beschäftigungsförderungsstrategien zuzuwenden und einen „Plan von Los Cabos für Wachstum und Arbeitsplätze“ umzusetzen, der Folgendes beinhaltet:

- Investitionen in die Infrastruktur, wobei Projekten mit dem höchsten Wachstums- und Beschäftigungsförderungspotenzial Priorität eingeräumt werden sollte, vor allem solchen, die zum Aufbau umweltfreundlicher Volkswirtschaften, zur Ermöglichung grüner Investitionen und zur Schaffung grüner Arbeitsplätze beitragen;
- die Einführung eines G20-Jugendbeschäftigungspaktes in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, damit in Bildung, Ausbildung, Qualifizierungsmaßnahmen, Innovation und betriebliche Programme investiert wird, unter besonderer Berücksichtigung arbeitsloser Jugendlicher;
- Maßnahmen der europäischen Behörden in Richtung auf wachstumsfördernde Governance-Reformen durch die Einführung von Wachstumsanleihen, Eurobonds und eine bessere Kapitalausstattung der Europäischen Investitionsbank;
- Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen, einschließlich der Pflegewirtschaft;
- die Einführung von Lohnkostenzuschüssen und gegebenenfalls eine gezielte Senkung der Lohnsummensteuer, um auf diese Weise dafür zu sorgen, dass möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen werden;

- die Erhöhung der Bezüge von Beschäftigten mit geringem und mittlerem Einkommen, um die Nachfrage anzukurbeln und die Ungleichheit zu vermindern;
- die Gewährleistung, dass die Politikempfehlungen des IWF, der OECD, der IAO und der Weltbank im Einklang mit der Agenda für menschenwürdige Arbeit stehen.

9 Zur Umsetzung dieses Plans fordern wir die in Los Cabos tagenden Staats- und Regierungschefs der G20 auf:

- die Empfehlungen der G20-Arbeitsminister von Guadalajara als integralen Bestandteil der Schlusserklärung der G20 von Los Cabos zu bekräftigen;
- die Agenda der G20-Task Force Beschäftigung zu bekräftigen und auszuweiten, um die Beaufsichtigung der G20-Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung und Sozialschutz zu ermöglichen;
- ein frühzeitiges gemeinsames Treffen der G20-Finanzminister und der Arbeits- und Beschäftigungsminister anzuberaumen, um die Umsetzung der Schlussfolgerungen der Arbeits- und Beschäftigungsministerkonferenz von Guadalajara (engl. Abk. LEMC) voranzubringen und eine 4. LEMC vor dem G20-Gipfel 2013 in Russland abzuhalten;
- menschenwürdige Beschäftigung zu einem formellen Indikator im G20-Prozess gegenseitiger Bewertungen für „robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ festzulegen, gemeinsam mit Indikatoren für die jeweiligen Einkommens- und Vermögensungleichheiten;
- verbesserte Konsultationen mit den Vertretern der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberorganisationen auf allen Ebenen zu institutionalisieren, auch mit den Spitzen der G20.

Stärkung des Finanzsystems und Förderung finanzieller Inklusion

10 Bei der Durchführung der beschlossenen Reformen im Rahmen des „Aktionsplans“ des Finanzstabilitätsrates (FSB) werden bedauerlicherweise nur schleppende Fortschritte erzielt⁴. Besonders beunruhigend sind die äußerst gemäßigten Ambitionen bezüglich der Auseinandersetzung mit „zu groß zum Scheitern“ erachteten Finanzkonglomeraten, die in der G20-Liste der global systemrelevanten Finanzinstitute genannt werden⁵. Dringend notwendig ist aber auch die Beschleunigung der Reformen in Bezug auf Schattenbanken, die Regulierung des Derivatemarktes, die Vergütung von Bankern, Risikomanagement, Ratingagenturen, Spekulationsgeschäfte, die Zusammenarbeit im Bereich internationaler Steuerflucht und finanziellen Verbraucherschutz. Die G20 hat es ferner versäumt, Initiativen zur Besteuerung der Finanzinstitute voranzubringen, wie vom IWF in Form einer Finanzstabilitätsabgabe (Financial Stability Contribution) und einer Steuer auf Finanzgeschäfte (Financial Activity Tax) und von der Europäischen Kommission in Form einer Finanztransaktionssteuer (FTS) vorgeschlagen.

11 Während die Banker argumentieren, dass die Gefahr einer erneuten Rezession ein Grund für die Verzögerung oder Aufweichung der Reformagenda sei, halten die Gewerkschaften eine Beschleunigung der Reformen für angebracht. Insbesondere in Europa besteht die unmittelbarste Gefahr für die Regierungen und die Arbeitnehmer/innen nicht in Haushaltsdefiziten, sondern in ihrer Exposition gegenüber den Risiken und Verbindlichkeiten, die durch schlecht regulierte und unzureichend beaufsichtigte

4 Vgl. den FSB-Bericht „Status Report on the progress in implementing the G20 Recommendations on Financial Regulatory Reform“, 4. November 2011 http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104hh.pdf

5 „Policy Measures to Address Systemically Important Financial Institutions“, Financial Stability Board, 4. November 2011 <http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104bb.pdf>.

Finanzmärkte und -institute sowie durch wiederholte spekulative Angriffe auf die Anlagen- und Derivatemärkte verursacht werden. Obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) dem Bankensystem die gigantische Summe von einer Billion Euro verschafft hat, horten die Banken dieses Geld, anstatt es dafür zu verwenden, mehr Kredite zu gewähren oder die desolaten Märkte für staatliche Schuldtitel zu entlasten. Diese eskalierende Krise stellt nicht nur für den Euroraum, sondern für die globale Wirtschaft insgesamt eine reale Gefahr dar.

12 Die L20 fordert die G20 auf:

- weitere verbindliche Maßnahmen zur Begrenzung der Größe und der Komplexität globaler Banken, die „zu groß zum Scheitern“ sind, zu vereinbaren, einschließlich einer obligatorischen Trennung von Geschäftsbankenaktivitäten und Investmentbanking;
- die Einführung einer FTS zu unterstützen;
- extrem spekulative Handelsstrategien wie Hochfrequenzhandel und ungedeckte Leerverkäufe zu unterbinden;
- sicherzustellen, dass sämtliche Formen standardisierter Derivate unter der Aufsicht wirksam regulierter Börsen gehandelt werden und für die verbleibenden nicht standardisierten Derivate strenge Regeln anzuwenden;
- das Basel-III-Rahmenwerk G20-weit umzusetzen und die Gefahr einer „Regulierungsarbitrage“ durch die wirksame Regulierung des Schattenbankensystems zu beseitigen;
- die Verfahren für das nach wie vor völlig unzureichende Risikomanagement der Banken zu verbessern und die Vergütung von Bankern und Händlern zu begrenzen;
- eine gesetzliche Haftung für Ratingagenturen einzuführen, ihr Geschäftsmodell in Richtung auf ein Investorenfinanzierungssystem („Investor-Pay“-Modell) zu verlagern, die Abhängigkeit von ihren Bewertungen zu verringern und den Wettbewerb zu erhöhen;
- die Normen des unter Federführung der OECD arbeitenden Globalen Forums für Steuertransparenz aufzuwerten und einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden sowie die Verhängung von Sanktionen gegen Steuergelände vorzusehen, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen;
- die Position der Verbraucher durch die standardisierte und detaillierte Offenlegung von Finanzdienstleistungen zu stärken, sie vor aggressiven Verkaufspraktiken zu schützen und bei Bedarf Umschuldungen privater Schulden zu ermöglichen.

Finanzarchitektur

Unterstützung in der Krise

13 Die griechische Schuldenkrise hat die Verknüpfung des globalen Finanzsystems sowie die Unzulänglichkeit der vorhandenen Krisenhilfe deutlich gemacht. Die griechische Wirtschaft macht lediglich 2 Prozent des BIP der Eurozone aus und dennoch sind die Auswirkungen der Schuldenkrise des Landes weit über Europas Grenzen hinaus zu spüren. Als die europäischen Instanzen endlich aktiv wurden, war dies ein Fall von „zu wenig und zu spät“. Noch ist unklar, ob der erweiterte Euro-Rettungsschirm über genügend Ressourcen verfügen wird, und während der G20-Gipfel in London die Kreditmittel des IWF verdreifacht hatte, sind für den Euro-Rettungsfonds keine derartigen Vorkehrungen getroffen worden, falls weitere große Volkswirtschaften Krisenhilfe benötigen.

14 Zusätzlich zu einer wachstumsorientierten Reform der europäischen Wirtschaftsordnung fordert die L20 die G20 auf, die Krisenhilfe vor dem Hintergrund der unveränderten Fragilität sämtlicher Bereiche der globalen Wirtschaft zu verbessern, indem:

- Mittel für zinsgünstige Notkredite bereitgestellt werden, entweder durch spezifische regionale Vereinbarungen oder im Rahmen eines vom IWF verwalteten globalen Verfahrens, jedoch unter Einführung eines Kriteriums, dem zufolge finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden sollte, um inklusive Wachstumsstrategien in Schuldnerländern zu fördern, wobei Maßnahmen mit den größten Auswirkungen auf die Beschäftigung Priorität eingeräumt werden sollte, einschließlich der Kreditvergabe an KMU, denen es an unerlässlichen kurzfristigen Kreditmitteln fehlt, um Insolvenzen zu vermeiden;
- sichergestellt wird, dass die Weltbank, deren Kreditvergabekapazitäten nach einer von der G20 befürworteten generellen Kapitalerhöhung ausgeweitet wurden, der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, der Achtung der Arbeitnehmerrechte und der Bildung als zentralen Zielen ihrer Entwicklungsstrategien wesentlich größere Priorität einräumt;
- eine zusätzliche allgemeine Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) unterstützt wird, aufbauend auf der ersten allgemeinen Zuteilung nach entsprechenden Beschlüssen des G20-Gipfels in London.

Rechenschaftspflicht und Transparenz

15 Die Lenkungsstrukturen der IFIs sollten den höchsten Ansprüchen demokratischer Entscheidungsprozesse, Rechenschaftspflicht und Transparenz genügen. Die L20 ist daher besorgt darüber, dass die vom IWF beschlossene Ausweitung der Stimmrechte von Schwellenländern – ein Schritt in Richtung auf eine breitere Vertretung – bisher noch nicht vollständig ratifiziert bzw. umgesetzt wurde. Und die Verfahren für die Auswahl der Spitzen von IWF und Weltbank sind nicht nur weit davon entfernt, einen Maßstab für Transparenz zu setzen, sondern könnten kaum undemokratischer sein, da die Wirtschaftsmächte, die die jeweiligen Posten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges monopolisiert haben, lediglich ihr ungeschriebenes, nicht transparentes, traditionelles Vorrecht geltend machen.

16 Die L20 fordert die G20 auf:

- die beschlossene Änderung der Stimmrechte von Schwellenländern beim IWF und weitere Erhöhungen bei den IFIs vorzunehmen, die vor allem den Entwicklungsländern zugutekommen, damit die Gruppe der Entwicklungs- und der Schwellenländer bei den IFIs gegenüber den Ländern mit hohem Einkommen zumindest paritätisch vertreten ist;
- die Möglichkeit der Einführung eines Systems der Abstimmung mit doppelter Mehrheit zu prüfen, bei dem für Beschlüsse sowohl die Mehrheit der abstimmenden Länder als auch die der Quoten erforderlich wäre;
- das Verfahren für die Auswahl der Spitzen der IFIs durch die Einführung eines transparenten Prozesses zu reformieren, um den besten Kandidaten/die beste Kandidatin für das jeweilige Amt zu finden.

Ressourcen für die Entwicklungshilfe

Sozialschutz

17 Derzeit kämpfen 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag ums Überleben, etwa 84 Millionen mehr als vor der Krise. Es besteht die Gefahr, dass zentrale Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 nicht erreicht werden. Dringendes Handeln ist erforderlich, um die Fortschritte in Bezug auf die MDGs wieder auf

Kurs zu bringen. Das bedeutet, dass der Sozialschutz in den Mittelpunkt der internationalen Entwicklungsagenda gerückt werden muss.

18 Im Kommuniké der Staats- und Regierungschefs von Cannes heißt es: *„Wir sind uns der Bedeutung eines den jeweiligen nationalen Umständen angepassten sozialen Basisschutzes in all unseren Ländern bewusst“* (K#6). In der Erklärung wird dies im Einklang mit der aus vier Teilen bestehenden Definition der IAO definiert: *„Zugang zu Gesundheitsversorgung, Einkommenssicherheit für ältere Menschen und Behinderte, Einkommenssicherheit für Kinder sowie für Arbeitslose und Unterstützung für die arbeitenden Armen“*, und es heißt, dass *„wir den Bericht der Beratungsgruppe für sozialen Basisschutz unter Vorsitz von Michelle Bachelet zur Kenntnis nehmen“*.

19 Die Gewerkschaften befürworten einen dualen Ansatz auf der Grundlage einer „horizontalen“ und einer „vertikalen“ Dimension des Sozialschutzes: Ausweitung des sozialen Basisschutzes auf alle Menschen bei gleichzeitigen Bemühungen um eine größere Einkommenssicherheit durch die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens 102 über soziale Sicherheit.

20 Die L20 fordert die Staats- und Regierungschefs der G20 auf:

- einen G20-Aktionsplan zur Unterstützung der Einführung eines sozialen Basisschutzes auf einzelstaatlicher Ebene auszuarbeiten;
- einen globalen Fonds für sozialen Basisschutz einzurichten, der von G20-Regierungen, der Weltbank und multilateralen Entwicklungsbanken gemeinsam finanziert wird;
- Maßnahmen zu unterstützen, um die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens 102 über soziale Sicherheit zu fördern;
- die Umsetzung der Empfehlung zum sozialen Basisschutz zu unterstützen, die bei der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO im Jahr 2012 angenommen werden soll;
- einer Gruppe von Pilotländern bei der raschen Einführung eines sozialen Basisschutzes mit Unterstützung aller maßgeblichen internationalen Organisationen behilflich zu sein;
- die Zusammenarbeit zwischen der IAO und dem IWF auszuweiten, um die Länder bei der Schaffung des für die Einführung eines sozialen Basisschutzes erforderlichen finanzpolitischen Spielraums zu unterstützen;
- die vollständige Integration der vorstehend genannten Elemente in die Sozialschutzstrategie der Weltbank 2012-2020 zu fördern;
- einen von der IAO koordinierten organisationsübergreifenden Mechanismus einzuführen, an dem alle maßgeblichen UN-Unterorganisationen, die IFIs sowie regionale Einrichtungen beteiligt sind, um die Einführung eines sozialen Basisschutzes auf globaler, regionaler und einzelstaatlicher Ebene voranzutreiben, wie im Bachelet-Bericht der UNO befürwortet;
- den Vorschlag zu befürworten, dass alle Regierungen bis zum Jahr 2020 zumindest für einen sozialen Basisschutz auf der Grundlage der maßgeblichen IAO-Normen sorgen müssen.

Entwicklungshilfe, menschenwürdige Arbeit und ADI

21 Die L20 ist besorgt über die Stagnation und in einigen Fällen den Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe, obwohl die G20 in ihrer Erklärung von Cannes festgestellt hat, dass *„die von den Industrieländern gemachten Hilfszusagen eingehalten werden sollten“*. Wir fordern die G20 auf:

- ihre Zusagen hinsichtlich der offiziellen Entwicklungshilfe zu bekräftigen und auszuweiten, um die MDGs zu erreichen;
- weitere Mittel für die Unterstützung von Entwicklungsprogrammen bereitzu-

stellen, die soziale Gerechtigkeit, menschenwürdige Arbeit und die Mitwirkung der Sozialpartner fördern;

- ihre Zusagen bezüglich eines Zugangs zur Vorbeugung und Behandlung von HIV und Aids für alle einzuhalten, um die Verbindung zwischen Armut und erneuter wirtschaftlicher Unsicherheit sowie erhöhten HIV-Übertragungsraten zu durchbrechen;
- die vollständige Umsetzung der Schlussfolgerungen des 4. Hochrangigen Forums zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (November 2011) zu unterstützen und anzuerkennen, wie wichtig es ist, den sozialen Dialog zu fördern und den Arbeitnehmerorganisationen die Möglichkeit zu geben, die Beschäftigten zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen;
- ihre Arbeit zur Unterstützung des „Regulierungsrahmens für aus- und inländische Investitionen“ auf die maßgebenden internationalen Instrumente in diesem Bereich zu gründen, d.h. auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die vom UN-Menschenrechtsrat im Juni 2011 verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die Dreigliedrige Grundsatzklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik, wobei sichergestellt werden sollte, dass die Einhaltung dieser Normen in internationale und innerstaatliche Strukturen, einschließlich Exportkreditagenturen, integriert wird.

Ernährungssicherheit und Rohstoffpreisschwankungen

22 Millionen Menschen sind von Hunger und Unterernährung bedroht, weil die Ernährungssicherheit durch ein Handels- und Investitionssystem, das eine nicht nachhaltige Landwirtschaft unterstützt, sowie durch eine unzulängliche Regulierung der Lebensmittel- und Rohstoffpreise untergraben wird. Es ist unerlässlich, menschenwürdige Arbeit für Lebensmittelarbeiter/innen, existenzsichernde Löhne und das Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt der Maßnahmen zu rücken, mit denen für ein nachhaltiges Ernährungssystem und für Ernährungssicherheit gesorgt werden soll.

23 Die L20 fordert die G20 auf, bei der Auseinandersetzung mit diesem Problem eine Führungsrolle zu übernehmen und:

- die Unterstützung für die von steigenden Getreide- und anderen Lebensmittelpreisen betroffenen ärmsten Länder auszuweiten;
- den Ordnungsrahmen für die handels- und investitionspolitischen Maßnahmen, die zur Ernährungsunsicherheit beitragen und die landwirtschaftlichen Kapazitäten untergraben, zu überprüfen;
- Subventionen zu streichen, die die derzeitige und künftige Ernährungssicherheit untergraben, auch für Exportkulturen und die Biotreibstoffproduktion;
- für wirksame Regulierungsmechanismen auf den Agrarrohstoff- und den Terminmärkten zu sorgen, um Spekulationen zu begrenzen;
- sich zu wirklichen Investitionen in die Landwirtschaft zu verpflichten, einschließlich Unterstützung für landwirtschaftliche Kleinbetriebe, um das Ernährungssicherheit gewährleistende Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederherzustellen, ebenso wie zu Maßnahmen, die darauf abzielen, für menschenwürdige Arbeit für Lebensmittelarbeiter/innen zu sorgen und das Recht auf Nahrung zu sichern;
- die Gewerkschaften in die Konzipierung von Maßnahmen zugunsten von Ernährungssicherheit auf einzelstaatlicher und internationaler Ebene einzubeziehen und Schritte einzuleiten, um die Gewerkschaften bei der ungehinderten Organisation in der Landwirtschaft zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklung, grünes Wachstum und Klimawandel

24 Ein ökologisch nachhaltiges Wachstum ist ohne soziale Inklusion und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht möglich. Die Regierungen müssen den Übergang durch ein ehrgeiziges Investitionsprogramm in Gang bringen, begleitet von Strategien für einen „gerechten Übergang“: Investitionen in Qualifizierungs- und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Ausweitung des sozialen Schutzes, Einführung neuer Verfahren für die Konsultation der Gewerkschaften und genauere Erforschung der potenziellen beschäftigungsrelevanten Auswirkungen eines grünen Transformationsprozesses.

25 Durch eine Ökologisierung der Wirtschaft können in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern in einer Vielzahl von Bereichen menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden (Energieerzeugung, Energieeffizienz und energetische Gebäudesanierung, öffentlicher Personenverkehr, ländliche Entwicklung usw.). Aus Untersuchungen des IGB und des Millennium Institute geht hervor, dass eine Investition von 2% des BIP in die grüne Infrastruktur in nur sechs G20-Ländern in jedem der nächsten fünf Jahre bis zu 42 Millionen Arbeitsplätze schaffen könnte⁶. Die Verwirklichung dieses Potenzials erfordert unverzügliche und umfassende Maßnahmen. Dies wird wiederum dazu beitragen, das Vertrauen der Beschäftigten darin zu stärken, dass neue Arbeitsplätze entstehen und dass der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft gerecht verlaufen wird.

26 Der G20-Gipfel sollte sich auf einen ehrgeizigen Beitrag zur anstehenden Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) verständigen, die unmittelbar nach dem G20-Gipfel vom 20. – 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro (Brasilien) stattfindet, und:

- eine globale Beschäftigungsinitiative beschließen, einschließlich der Förderung grüner Arbeitsplätze, unter besonderer Berücksichtigung jugendlicher Arbeitnehmer/innen, um das Ziel „menschenwürdige Arbeit für alle“ zu erreichen. Die Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels sollten an der Verringerung der Arbeitslosigkeit, am Abbau der Armut trotz Arbeit und am Anteil grüner Arbeitsplätze als Prozentsatz aller neu geschaffenen Arbeitsplätze bis zum Jahr 2030 gemessen werden;
- sicherstellen, dass Beschlüsse bezüglich der grünen Wirtschaft soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter, menschenwürdige Arbeit und Gewerkschaftsrechte, Demokratie sowie einen gerechten Übergang für die Beschäftigten beinhalten;
- innerstaatliche Fünf- bis Zehnjahrespläne beschließen, die Zielgrößen für die Schaffung menschenwürdiger und grüner Arbeitsplätze sowie für die Transformation vorhandener Arbeitsplätze in menschenwürdige und grüne Arbeitsplätze beinhalten, einschließlich Begleitmaßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit, mittels grüner Investitionen von mindestens 2% des BIP.

27 Die G20-Regierungen sollten auf den Ergebnissen der COP17 in Durban aufbauen und im Vorfeld der COP18 im Dezember 2012 die folgenden Prioritäten bestätigen:

- Arbeit an einem ehrgeizigen Mandat auf der Grundlage der Durban-Plattform sowie der UNFCCC-Kernprinzipien, um eine rechtsverbindliche Architektur für den Klimaschutz zu schaffen und den Temperaturanstieg auf weniger als 2°C zu begrenzen und dessen Senkung auf 1,5°C zu erwägen;
- vollständige Einrichtung des Globalen Klimafonds (Green Climate Fund), einschließlich der Bereitstellung der dafür erforderlichen Ressourcen;
- Gewährleistung der Einhaltung früherer Zusagen bezüglich eines gerechten

⁶ Gewerkschaften fordern G20-Finanzminister zu Investitionen in grüne Arbeitsplätze auf; <<http://www.ituc-csi.org/unions-challenge-g20-finance.html>>.

Übergangs zu einer CO₂-armen und klimabeständigen Wirtschaft bei der Arbeit der Durban-Plattform und Förderung der Zusammenarbeit von UNFCCC und IAO bezüglich der beschäftigungsrelevanten Aspekte der Klimapolitik.

Governance und die G20

28 Die G20 muss ihre Relevanz beim Kampf gegen die Rezession und bei der Herbeiführung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums behaupten. Die L20 fordert die G20 auf:

- für eine Kohärenz der Wirtschafts-, Handels, Sozial- und Umweltpolitik auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu sorgen, unter enger Beteiligung der IAO, des IWF, der Weltbank, der WTO, der EU, der OECD, des FSB und der relevanten UN-Organisationen, um zu bewerten, inwieweit ihre Analysen während und nach der Krise mit den IAO-Normen und den Zielen des Globalen Beschäftigungspaktes vereinbar sind. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgen;
- Gegenseitigkeitsvereinbarungen über einen Beobachterstatus unter allen internationalen, sozialen, Umwelt- und Wirtschaftsorganisationen abzuschließen;
- den sozialen Dialog und die Konsultationen auf nationaler und internationaler Ebene auszubauen, um eine wirksame Einhaltung der politischen Zusagen zu gewährleisten;
- die direkte Vertretung und die Interaktion der in der L20 und der B20 vertretenen Sozialpartner gegenüber den Spitzen der G20 als Grundlage für die wirksame Berücksichtigung arbeitsrelevanter Anliegen zu ermöglichen.

29 Um wirkliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Rezession und der Herbeiführung eines inklusiven Wachstums zu erreichen, muss die G20 einen kontinuierlichen Weg von Mexiko 2012 nach Russland 2013 einschlagen. Im Einklang mit der in Cannes eingegangenen Verpflichtung zur Einbeziehung der Sozialpartner – „Überzeugt von der unerlässlichen Rolle des sozialen Dialogs, begrüßen wir die Ergebnisse der B20 und der L20 sowie deren gemeinsame Erklärung“ – sollte dabei der soziale Dialog mit den Sozialpartnern im Mittelpunkt stehen.



**L20-GEWERKSCHAFTS-
ERKLÄRUNG ANLÄSSLICH
DES G20-GIPFELS**
LOS CABOS, MEXIKO, 18.
UND 19. JUNI 2012



ITUC
www.ituc-csi.org



TUAC
www.tuac.org



BWI
www.bwint.org



EI
www.ei-ie.org



IAEA



ICEM
www.icem.org



IFJ
www.ifj.org



ITF
www.itf.org.uk



ITGLWF
www.itglwf.org



IUF
www.iuf.org



PSI
www.world-psi.org



UNI
www.union-network.org



IMF